UID
FAKTEN UND ARGUMENTE

Nummer 35
8. November 2004
www.cdu.de

3. Oktober

„Tag der Deutschen" erhalten!

Spitzenpolitiker der CDU Deutschlands haben sich für den Erhalt des 3. Oktober als Nationalfeiertag ausgesprochen. Die rot-grüne Bundesregierung hat vorgeschlagen, ihn zu streichen.

„Der Vorschlag, den Tag der deutschen Einheit abzuschaffen, ist abwegig geschichtsvergessen und unmittelbar vor dem 15. Jahrestag des Mauerfalls einfach nur beschämend", sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Angela Merkel**. „Wer den Tag der Einheit aufgibt, gibt einen Kern unserer nationalen Identität auf." ▶

INHALT

Neues Stationierungskonzept: Landesverteidigung und Heimatschutz gefährdet
Seite 4

Laurenz Meyer: Arbeitsmarktzahlen zeigen Handlungsdruck in Deutschland
Seite 7

HEUTE AKTUELL

■ Karl-Josef Laumann: Wir stehen vor einem bitteren Winter (Seite 6) ■ Beschluss des Bundesfachausschusses Agrarpolitik: Zuckerwirtschaft in Deutschland und Europa sichern (Seite 8-9) ■ Bundesfachausschuss Agrarpolitik: EU muss auf Quotenaufstockung verzichten (Seite 9) ■ Interne Kommunikation: Umbau des Mitgliedernetzes geht voran (Seite 10-11) ■ Michael Meister: Versündigung an künftigen Generationen (Seite 12) ■ Klaus Brähmig: Fußball-WM 2006: Tourismusbranche einbeziehen (Seite 12-13) ■ Martina Krogmann: Digitale Signatur muss endlich voran kommen (Seite 14) ■ Thomas Rachel: Aktiver Sterbehilfe keine Tür öffnen (Seite 14-15) ■ Hartmut Koschyk, Clemens Binniger: Schily steht vor einem Scherbenhaufen (Seite 15-16) ■ Peter Götz: Standortkommunen nicht im Regen stehen lassen (Seite 16)

▶ CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer** erklärte, der Vorschlag der Bundesregierung sei „unpatriotisch", „Die Idee, den dritten Oktober abzuschaffen, halte ich für absurd und sie zeigt nur, dass diese Regierung keine positive Haltung zur deutschen Einheit und zu den Emotionen hat, die sich mit der Wiedervereinigung verbinden. Ganz offensichtlich steht der Regierung das Wasser bis zum Hals – sonst würde sie solche unsinnigen Vorschläge nicht machen." Zudem verstricke sich die Bundesregierung in Widersprüche. „Wenn die Union sagt, die Deutschen müssen zwei Stunden in der Woche länger arbeiten, veranstalten Regierung und DGB einen Aufstand. Mehrarbeit über Feiertage ist aber plötzlich ein positives Mittel", so Meyer.

Als „völlig abwegig" hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, **Christoph Böhr**, die Forderung nach Abschaffung des Tages der Deutschen Einheit kritisiert. Böhr, zugleich Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, wies darauf hin, dass keine Nation auf dieser Welt, die noch einen Funken Nationalstolz in sich trage, ernsthaft ihren identitätsstiftenden Nationalfeiertag abschaffen wolle. Das Geschenk der Deutschen Einheit würde durch eine solche Geste mit Füßen getreten werden. „Wer kann sich vorstellen, dass Frankreich den 14. Juli oder dass die USA den 4. Juli abschaffen würden? Über Mehrarbeit, über eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit lässt sich gerne diskutieren. Den Tag der Deutschen Einheit zur Disposition zu stellen, weil Herr Eichel mit seiner Kasse nicht klar kommt, wäre aber ein fatales Signal für Deutschland."

Der Vorsitzende des nordrheinwestfälischen Landesverbandes, **Jürgen Rüttgers**, kündigt an, dass die Landtagsfraktion die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Streichung des Feiertags „Tag der Deutschen Einheit" zum Thema im Landtag machen werde. Jürgen Rüttgers kritisierte

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telelefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telelefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

das Vorhaben von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel: „Der 3. Oktober ist der Tag der deutschen Einheit, nicht der 4. Oktober oder der 7. Oktober. Wir sind glücklich, dass die Teilung nach vier Jahrzehnten überwunden worden ist. Das ist und bleibt in jedem Jahr ein besonderer Grund zum Feiern. Der Tag der Einheit gehört zur Identität unseres Landes. Wir dürfen unsere Identität nicht dem Sparzwang opfern." Rüttgers: „Patriotismus ist Vaterlandsliebe. Die Liebe zu Deutschland ist ein wichtiger Wert. Wir müssen die Vaterlandsliebe pflegen. Dazu gehören Anlässe und Gedenktage. Der Vorschlag von Schröder und Eichel verrät viel über die innere Einstellung von Rot-Grün zum Patriotismus. Sie fürchten patriotische Gefühle für Deutschland immer noch. Das ist falsch."

Die Absicht, den Tag der Deutschen Einheit künftig stets auf einen Sonntag zu legen, sei ein Verrat an dem wichtigsten Erinnerungsdatum der Deutschen Einheit selbst, sagte der Vorsitzende des EAK, **Thomas Rachel**. „Schröder und Eichel bekennen mit solchen Plänen einmal mehr ihre Geringschätzung sowohl des Sonntags als des Tags der Ruhe und des Gottesdienstes als auch der Pflege und Förderung unserer nationalen Identität und Einheit. Mit beidem kann diese Regierung, wie sie ja nun schon des Öfteren gezeigt hat, recht wenig anfangen".

Eine Verlegung des Tags der Deutschen Einheit wäre nach Ansicht des hessischen Ministerpräsidenten, **Roland Koch,** ein „erbärmlicher, unhistorischer Schritt". „Statt kleinkarierter Feiertags- Diskussionen braucht Deutschland dringlich Reformen am Arbeitsmarkt mit mehr Flexibilität und Bündnissen für Arbeit in den Betrieben – nur so kann die Konjunktur wieder angekurbelt werden."

Hart fällt auch das Urteil des sächsischen Ministerpräsidenten, **Georg Milbradt,** aus: „Ich halte das für eine Schnapsidee. Die Bundesregierung muss das Wasser am Hals, ja an den Lippen spüren, um einen solchen unausgegorenen Vorschlag zu machen."

Der Sachsen-Anhaltinische Ministerpräsident, **Wolfgang Böhmer,** erklärte, der 3. Oktober sei ein Tag der „nationalen Würde". „Ihn abschaffen zu wollen, beweist, dass kein innerer Bezug zu diesem Tag besteht." „Kein Land der Welt würde einen solchen nationalen Feiertag aufgeben", meint der thüringische Ministerpräsident, **Dieter Althaus.**

PRESSESTIMMEN UND KOMMENTARE

Wer seine Geschichte verscherbelt, dem ist sie nichts wert. Süddeutsche Zeitung

Auf die Idee, den französischen Staatshaushalt auf Kosten des Nationalfeiertags am 14. Juli zu sanieren, ist noch kein Franzose gekommen. Würde dennoch ein französischer Finanzminister mit dem Argument dafür werben, das sei aber nötig, um den Stabilitätspakt einzuhalten, wäre er in den Augen seiner Landsleute reif für die Psychiatrie. FAZ

Würde ein Politiker den Franzosen an ihren heiligen 14. Juli gehen, sie würden ihn in die Bastille werfen. Wer Amerikanern den 4. Juli verhunzt, müsste mit der Höchststrafe rechnen.
Berliner Kurier

„... das ist auch so eine Schnapsidee", Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender B90/ Die Grünen

Neues Stationierungskonzept

Landesverteidigung und Heimatschutz gefährdet

Durch die Schließung von 105 Bundeswehrstandorten sieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Landesverteidigung und den Katastrophenschutz in Gefahr.

„Wenn die Planungen von Verteidigungsminister Struck umgesetzt werden, dann ist Deutschland nicht mehr für einen Katastrophenfall gerüstet", erklärte Christian Schmidt. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisierte, dass die Weichen für Deutschlands Sicherheit falsch gestellt würden. Für Schmidt sind trotz der einschneidenden Maßnahmen weitere Schließungen absehbar. „Ich bezweifle, dass hiermit das berühmte Ende der Fahnenstange erreicht worden ist", sagte er. Zugleich hielt er Struck vor, mit dem Stationierungskonzept einseitig die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz" umzubauen und dabei die grundgesetzlich verankerte Pflicht zur Landesverteidigung zu ignorieren. Dies habe letztlich auch Auswirkungen auf die Wehrpflicht. „Politisch wurde von Rot-Grün der Anfang vom Ende der Wehrpflicht eingeläutet," fasste Schmidt zusammen.

Christian Schmidt

Sicherheitspolitik dürfe sich nicht nur an der Kassenlage orientieren. Sicherheitspolitik müsse sich in gleichem Maße an der veränderten Bedrohungslage ausrichten. Diese schließe nicht nur die Notwendigkeit von Auslandseinsätzen ein, sondern auch die Katastrophenhilfe und den Heimatschutz. Dieser werde bei Verteidigungsminister Struck auf eine Statistenrolle zusammengestrichen. Insbesondere in den kritischen Bereichen ABC-Abwehr und Pionierwesen verringere sich die Einsatzbereitschaft erheblich. Der Bundeswehr fehle damit die Fähigkeit zur Abwehr asymmetrischer Bedrohungen, sagte der Fraktionssprecher.

Schmidt forderte die Bundesregierung auf, Einschnitte in die Strukturen zu stoppen und ein Konzept vorzulegen, das Heimatschutz und Auslandseinsätze mit-

WEB-TIPP

Für Ihre Arbeit vor Ort finden Sie im CDU-Mitgliedernetz folgende Materialien der AG Verteidigung der Bundestagsfraktion:

- **Argumentationsempfehlung** für die Standortschließungen
- **Musterpressemitteilung** zu den Standortschließungen
- **Stellungnahme** der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion „Landesverteidigung und Heimatschutz als Teil des Gesamtkonzepts Sicherheit" (März 2004)

www.cdunet.de

einander verbindet. Für die betroffenen Regionen sei es inakzeptabel, wenn Struck verkünde, er sei nicht für Strukturpolitik zuständig, sagte Schmidt und erinnerte den Verteidigungsminister daran, dass dieser 1991 – damals als Oppositionspolitiker – Strukturhilfen für Bundeswehrstandorte gefordert hatte, die geschlossen werden sollten. In diesem Zusammenhang verwies Schmidt auf einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der vor wenigen Tagen in den Bundestag eingebracht wurde. In diesem hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Befürchtung massiver Einschnitte in die Wirtschaftstätigkeit und in die Beschäftigungssituation in vielen Kommunen im Falle von Standortschließungen erklärt. In einem Sechs-Punkte-Plan zur Strukturpolitik fordert die CDU/CSU unter anderem, dass die Liegenschaften, die von der Bundeswehr nicht mehr benötigt werden, verbilligt an die jeweiligen Kommunen oder an ansiedlungswillige Unternehmen abzugeben seien. Außerdem solle sich die Bundesregierung in Brüssel dafür einsetzen, Mittel aus den EU-Strukturfonds für die einstigen Armeestandorte zu erhalten. Schmidt kündigte an, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch im November ein Sofortprogramm in den Deutschen Bundestag einbringen werde.

HINTERGRUND: NEUES STATIONIERUNGSKONZEPT

Das neue Stationierungskonzept ist ein Teil der Bundeswehrreform. Bis 2010 sollen knapp ein Drittel der derzeit 572 Standorte aufgelöst werden, 105 davon sind von Verteidigungsminister Struck neu festgelegt worden. Wichtigster Baustein der Umgestaltung ist dabei eine neue Heeresstruktur.

Die Zahl der Divisionskommandos soll von sieben auf fünf verringert werden. Von 22 Brigaden werden zwölf und von 123 Bataillonen werden 45 aufgelöst. Zugleich steigt die Zahl der Einsatzkompanien und deren Fähigkeiten für Auslandseinsätze. Die Zahl der Kampfpanzer wird bis 2010 um gut zwei Drittel auf 350 sinken. Von den acht Bundeswehrkrankenhäusern werden vier geschlossen. 20 der 60 Kreiswehrersatzämter werden aufgegeben. Bei der Marine werden die bisher fünf Typflottillen zu zwei Einsatzflottillen umgebildet. Bei der Luftwaffe werden die Divisionskommandos von vier auf drei gestrafft und bei der Streitkräftebasis die 27 Verteidigungsbezirkskommandos aufgelöst.

Verbunden mit dieser neuen Bundeswehrstruktur ist die Aufgabe von Standorten in fast allen Bundesländern. Von den 105 Standorten, die bis zum Jahr 2010 geschlossen werden, haben die Hälfte weniger als 100 Dienstposten, neun haben allerdings mehr als 1.000 Dienstposten. Bei 45 Standorten wird die Zahl der Soldaten um 200 und mehr aufgestockt. Insgesamt soll es künftig nur noch 392 Standorte der Bundeswehr geben. Besonders betroffen sind die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (minus 8.900 Dienstposten), Schleswig-Holstein (-8.600), Bayern (-7.100) und Hessen (-5.700). Im Osten Deutschlands ist es vor allem Sachsen, das von seinen 9200 Dienstposten mit 4500 fast die Hälfte verliert.

Karl-Josef Laumann:

Wir stehen vor einem bitteren Winter

Das Gesundbeten der Bundesregierung hat nicht geholfen. Wir stehen vor einem ganz bitteren Winter. Dass die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen seit neun Monaten permanent steigen, ist ein schlimmer Beleg für den konstanten Abwärtstrend am Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt, dass auch die leichte Aufwärtsentwicklung bei den Erwerbstätigenzahlen reine Augenwischerei ist. Mini-Jobber und staatlich subventionierte Kleinstunternehmer in Ich-AG´s bilden kein solides Fundament für eine echte Trendwende am Arbeitsmarkt.

Rot-Grün steht damit vor einem Scherbenhaufen in der Beschäftigungspolitik.

Anstelle von Statistiktricks brauchen wir endlich echte Arbeitsplätze und mehr Existenzgründer, die auch neue Jobs schaffen. Dazu müssen wir den Blick auf die Wachstumsbranchen richten und die Voraussetzung für einen dauerhaften höheren Wachstumspfad schaffen. Ohne mehr Wachstum geht es nicht.

Gerade für die Millionen Arbeitslosen ist es schlimm, dass wir im kommenden Jahr wieder die rote Wachstumslaterne in Europa übernehmen werden. Wer die Lage in Deutschland wirklich verbessern will, muss hier ansetzen. Die Union ist dazu bereit und hat konkrete Vorschläge für mehr Wachstum auf den Tisch gelegt.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

HINTERGRUND: ARBEITSMARKT OKTOBER 2004

Trotz der Hartz-IV-Reform stellen die bundesweit 4,207 Erwerbslosen im Oktober noch keine Besserung am Arbeitsmarkt in Aussicht. Im Gegenteil: Experten rechnen Anfang 2005 mit der Überschreitung der Fünf-Millionen-Grenze.

Die Arbeitslosenquote im Monatsvergleich sinkt um 0,2 Prozentpunkte auf 10,1%. Ein Grund hierfür ist die Schaffung gemeinnütziger Ein-Euro-Jobs für Bezieher von Arbeitslosenhilfe.

Saisonale Gründe lassen – traditionell im Oktober – die Arbeitslosenzahlen sinken. Oktober 2004 beträgt der Rückgang 50.100 im Vergleich zum Vormonat. Dennoch übersteigt die jetzige Erwerbslosenzahl damit die Arbeitslosenstatistik des Vorjahresmonats um 55.300 Arbeitslose. Der Oktober verzeichnet 1,704 Millionen Langzeitarbeitslose – 13.000 weniger als noch im September. Weiter sinkt die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen unter 20 Jahren von 90.000 im Vormonat auf nun 79.000. Die Zahl der als unvermittelt gemeldeten Bewerber um einen Ausbildungsplatz sinkt um 9.200 auf 35.400 Menschen.

Laurenz Meyer:

Arbeitsmarktzahlen zeigen Handlungsdruck in Deutschland

Monat für Monat beweisen die desolaten Zahlen am Arbeitsmarkt, welche schlimmen Folgen das Nichtstun und die Planlosigkeit von Rot-Grün für Bürger und Unternehmen in diesem Land haben. Immer neue unsinnige Vorschläge dieser Bundesregierung bewirken immer größere Verunsicherung der Wirtschaft und der Menschen. Rot-Grüne Gesundbeterei hilft unserem Land nicht weiter. Wir brauchen endlich eine Politik für Wachstum und Beschäftigung.

Die Diskussion über die Abschaffung des Tags der Deutschen Einheit als Feiertag zeigt die komplette Hilflosigkeit von Rot-Grün. Bei dieser Regierung geht es nur noch um das Verwalten des Mangels – für eine Politik für Wachstum und Beschäftigung fehlt Schröder die Kraft.

Die Realität am Arbeitsmarkt stellt der Regierung ein verheerendes Zeugnis aus: 1,1 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind in den vergangenen zwei Jahren weggebrochen. Die katastrophalen Folgen der wirtschaftspolitischen Konzeptionslosigkeit von Rot-Grün für die Menschen, für das Steuer- und Sozialsystem werden täglich immer klarer.

Das Ziel Wachstum und Beschäftigung muss in den kommenden Jahren in der deutschen Politik oberste Priorität haben – nur so bekommen wir wieder Handlungsspielräume für die anderen Bereiche des politischen Handelns. Die CDU hat dafür konkrete Vorschläge präsentiert. Die Ankündigung von Regierung und SPD dagegen, in den nächsten zwei Jahren nichts zu tun und die Hände in den Schoß zu legen, muss angesichts der Lage der Arbeitslosen als Drohung für die Menschen wirken.

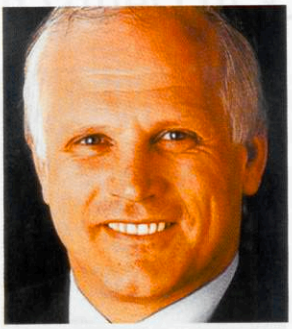
EXPERTEN: ERFOLG DER EU-WIRTSCHAFTSSTRATEGIE ENTTÄUSCHEND

Die Umsetzung der im März 2000 in Lissabon beschlossenen Strategie, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, ist „enttäuschend".

Zu diesem Schluss kommt der Bericht einer Expertengruppe, den der ehemalige niederländische Regierungschef Wim Kok präsentierte. Als Gründe dafür nannten die Experten eine überfrachtete Agenda und vor allem einen Mangel an „entschlossenem politischen Handeln". In mehreren Politikbereichen bestehe besonderer Handlungsbedarf: Forschung und Entwicklung müssten Priorität genießen. Die Belastung der Unternehmen durch eine Vielzahl von Vorschriften solle insgesamt verkleinert, die schnelle Gründung von neuen Unternehmen müsse erleichtert werden.

Zuckerwirtschaft in Deutschland und Europa sichern

Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik der CDU Deutschlands hat auf seiner jüngsten Sitzung nachfolgenden Beschluss gefasst:



Peter Bleser MdB ist Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU Deutschlands.

I. Auswirkungen der Reformvorschläge

Durch die radikalen Reformvorschläge der EU-Kommission mit Preissenkungen von 37 % für Zuckerrüben drohen katastrophale Auswirkungen auf die Zuckerwirtschaft in Deutschland und in Europa sowie in den 49 ärmsten Ländern der Welt (LDC).

a) Die EU-Kommission gefährdet mit ihren Vorschlägen die Existenzgrundlage von 375.000 landwirtschaftlichen Betrieben, 230 Zuckerfabriken und rund 300.000 Beschäftigten im Zuckersektor der EU sowie seinem vor- und nachgelagerten Bereichen. Allein in Deutschland sind über 50.000 Zuckerrüben anbauende Betriebe sowie mehr als 20.000 Arbeitsplätze in der Zuckerwirtschaft und deren Umfeld existenziell betroffen. Die Reformvorschläge widersprechen damit der von allen europäischen Regierungschefs in Lissabon beschlossenen strategischen Zielsetzung, Europa zum wettbewerbsfähigsten Standort der Welt zu machen.

b) Die Kommissionsvorschläge schaden den 49 ärmsten Entwicklungsländern der Erde, die ihren Zucker dann nicht zu auskömmlichen Preisen in der Europäischen Union absetzen könnten. Erst kürzlich haben die 49 ärmsten Entwicklungsländer die EU-Kommission scharf kritisiert und erklärt, dass der gewährte Zugang zum EU-Markt ohne einträgliche Preise wertlos sei.

c) Reformvorschläge bedrohen die seit weit über 100 Jahren praktizierte heimische Zuckererzeugung aus Rüben, welche unter höchsten Umwelt- und Sozialstandards stattfindet.

d) Die Kommissionsvorschläge würden die öffentlichen Haushalte unter anderem durch den Verlust von Wirtschaftskraft in der EU und die erforderliche Kompensationszahlungen für Entwicklungsländer belasten.

II. Forderungen

Der Bundesfachausschuss erkennt an, dass angesichts geänderter Rahmenbedingungen Anpassungen der Regelungen in der Zuckermarktordnung erforderlich sind. Die Umsetzung der Reformvorschläge der EU-Kommission würden aber keine Anpassung, sondern in weiten Teilen der EU das Ende der Zuckerproduktion bedeuten und werden deshalb entschieden abgelehnt. Vorleistungen im Vorgriff auf die Konkretisierung der Rahmenbedingungen aufgrund der WTO-Verhandlungen, wie sie die EU-Kommission vorschlägt, sind jedoch nicht angebracht.

a) Die von der Kommission vorgeschlagene Verkürzung der geltenden Marktordnung um ein Jahr ist ein Vertrauensbruch. Eine Reform kann frühestens ab dem Zuckerwirtschaftsjahr 2006/2007 in Betracht kommen. Die Laufzeit der nächsten

Zuckermarktordnung muss wegen der notwendigen Investitions- und Planungssicherheit mindestens bis Ende 2012 gehen.

b) In den Zuckerrüben anbauenden Gebieten der Europäischen Union muss auch weiterhin eine wirtschaftliche Zuckerproduktion gesichert werden. In Übereinstimmung mit den ärmsten Ländern der Erde wird die von der EU vorgeschlagene drastische Preissenkung abgelehnt. Die Reduzierung des gemeinschaftlichen Preisniveaus sollte in dem Umfang und zu dem Zeitpunkt erfolgen, in dem dies durch neue WTO-Verpflichtungen erforderlich wird.

c) Um die Außenhandelsbilanz der EU beim Zucker langfristig zu neutralisieren sollten die Quoten für die heimischen Produzenten sich am Gemeinschaftsverbrauch ausrichten. Die Kommission sollte dem Wunsch der am wenigsten entwickelten Länder entsprechen und mit diesen Ländern in Verhandlungen über eine Einbeziehung ihrer Lieferungen in das Mengenmanagement der Marktordnung eintreten.

d) Bei den eventuell unvermeidbaren Preissenkungen ist eine Ausgleichsregelung notwendig, die den Erlöseinbußen aus Preis- und Mengenkürzungen der Rübenbauer gerecht wird und bei diesen ankommt. Diese Ausgleichsregelung muss einen dauerhaften und betriebsindividuellen Ausgleich bis mindestens 2013 vorsehen. Die vorgeschlagene Referenzperiode von 2000 bis 2002 als Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Ausgleichszahlungen muss durch eine Referenzperiode ersetzt werden, welche näher an der geplanten Einführung der Ausgleichszahlung liegt.

e) Die Risiken aus den zollfreien Präferenzeinfuhren dürfen nicht ausschließlich den europäischen Produzenten aufgebürdet werden. Deshalb ist eine Mitverantwortung der EU für die Markstabilisierung ebenso erforderlich, wie die Einbeziehung der Präferenzlieferanten in entsprechende Maßnahmen.

f) Des Weiteren sind Marktrisiken durch das Verbot von SWAP-Geschäften, strenge Ursprungskennzeichnungsregelungen (Raffination alleine darf keinen Ursprung verleihen) und die Begrenzung der Präferenzeinfuhren auf die tatsächlichen Nettoüberschüsse der einzelnen Länder zu vermindern.

EU MUSS BEI MILCH AUF QUOTENAUFSTOCKUNG VERZICHTEN

Die schlechten Auszahlungspreise für Milch werden für unsere Erzeuger immer existenzbedrohender. Zur Preisstabilisierung benötigen wir in der EU eine Anpassung des Milchquotensystems an die Marktlage.

Bei einer Überproduktion muss das Instrument der vorhandenen Mengensteuerung konsequent angewandt werden. Es ist völlig unverständlich, dass Bundesministerin Künast in Brüssel noch nicht tätig geworden ist. Wir brauchen im EU-Agrarministerrat schnellstens eine Entscheidung, dass die vorgesehene EU-weite Aufstockung der Milchquoten ausgesetzt wird. In diesem Zusammenhang wird wieder einmal mehr die sich widersprechende Agrar- und unglaubwürdige Verbraucherschutzpolitik von Bundesministerin Künast deutlich. Sie überzieht unsere heimischen Bauern ständig mit neuen Auflagen, aber vor den internationalen Handelsinteressen knickt sie ein. Es werden Nahrungsmittel aus anderen EU- und Drittstaaten akzeptiert, die unseren Produktionsstandards nicht entsprechen. Statt die hohen Standards der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft zu honorieren, wirft sie diesem wichtigen Bestandteil der Volkswirtschaft ständig Knüppel zwischen die Beine.

Interne Kommunikation

Umbau des Mitgliedernetzes geht voran

Pressemitteilung der CDU Deutschlands: „Der Online-Arbeitskreis Europapolitik der CDU hat heute beschlossen, dass die Initiative der EU...“ Noch handelt es sich hierbei um Zukunftsmusik. Aber bis zum Frühjahr nächsten Jahres soll die Umsetzung weiter Teile des Beschlusses „Bürgerpartei“ erfolgt sein, der im vergangenen Dezember auf dem Parteitag in Leipzig verabschiedet wurde. Und damit werden den Mitgliedern im internen CDUnet (www.cdunet.de) zahlreiche neue Möglichkeiten offen stehen.

CDU-Mitgliedernetz jetzt

So sollen die Mitglieder im CDUnet schneller hochwertige Informationen finden und einfacher mit der Partei und anderen Mitgliedern in Kontakt kommen. Eine Neugestaltung des CDUnet war auch deshalb geboten, weil dessen Struktur seit dem Start 1999 organisch gewachsen und deshalb unübersichtlich geworden war.

Einige Änderungen im Mitgliedernetz wurden bereits umgesetzt. Beispielsweise kann jedes CDU-Mitglied heute eine eigene E-Mail-Adresse im Format „Ihr.Name@cdunet.de“ erhalten. Dieser Service wird inzwischen von vielen Mitgliedern genutzt. Außerdem wurde das Informationsangebot ausgebaut, etwa in den Bereichen „Webmaster“ oder „Ideenbörse“. Auch ein neues Erscheinungsbild wurde bereits entwickelt, das die Übersichtlichkeit des CDUnet verbessern soll.

Konzeptionell weit fortgeschritten sind die Arbeiten an folgenden Neuerungen:

- **Online-Arbeitskreise:** Die Mitglieder eines Online-Arbeitskreises sollen eigene „Homepages“ innerhalb des CDUnet erstellen, mit Inhalten befüllen und verwalten können. So können Ideen und Arbeitsmethoden unter den Mitgliedern rasch und effektiv ausgetauscht werden.
- **Forum:** Zu den neuen Funktionalitäten sollen eine

Wahlkampf in den USA: Teuerster aller Zeiten

Der Kampf um das Weiße Haus zwischen Bush und Kerry war der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Nach ersten Berechnungen haben Parteien und andere wahlkampfführende Organisationen insgesamt 1,2 Mrd. Dollar ausgegeben. Die Hälfte dafür für insgesamt 750.000 Funk- und Fernsehspots.

Such- und Zitierfunktion, eine Abonnement-Möglichkeit von Threads und die feinere Gliederung der Themen gehören.

- **Umfangreiche Wissensdatenbank:** So können Mitglieder anderen Mitgliedern Informationen zur Verfügung stellen.
- **Übersichtliche Navigationsstruktur:** Informationen sind so schnell und komfortabel zugänglich.
- **Nutzerprofile:** Änderung der eigenen Adressdaten durch die Mitglieder wird ermöglicht.

Zukünftiges CDU-Mitgliedernetz

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle arbeitet zusammen mit der UBG derzeit an der technischen Umsetzung dieser und weiterer Neuerungen. Bereits auf dem Parteitag am 7. und 8. Dezember in Düsseldorf können erste Ergebnisse präsentiert werden. Im Frühjahr 2005 soll dann das weitgehend umgebaute Mitgliedernetz fertig sein. Beim Relaunch finden auch die Anregungen und Wünsche von regelmäßigen Nutzern des Mitgliedernetzes Berücksichtigung, die in den vergangenen Monaten befragt wurden. Für weitere Anregungen ist die Redaktion des internen Mitgliedernetzes jederzeit dankbar – schreiben Sie einfach eine E-Mail an **cdunet@cdu.de**

WAHLWERBUNG: TV ERFOLGREICHER ALS PLAKATE

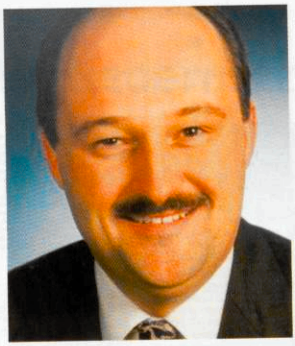
Fernsehspots hatten bei den letzten Bundes- und Landtagswahlen die größte Wirkung auf die Entscheidung der Wähler.

Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung von Infratest dimap, die das Fachmagazin politik&kommunikation in seiner aktuellen Ausgabe veröffentlichte. 41 % der Befragten gaben an, dass Parteienwerbung im Fernsehen eine "gewisse" bzw. eine "große" Rolle bei Ihrer Wahlentscheidung spielte. Während junge Leute für Wahlwerbung deutlich empfänglicher sind, nimmt mit zunehmendem Alter das Interesse rapide ab. Kaum Einfluss hatte die Parteienwerbung im Internet. Insgesamt wurden sieben Formen der Wahlwerbung auf ihre Wirksamkeit bei der Wahlentscheidung untersucht. 41 % schrieben TV-Spots eine "gewisse" bzw. eine "große" Rolle zu, gefolgt vom Infostand (30 %), Plakaten (28 %), Radiospots (25 %), Werbebriefen (22 %), Flyern (20 %) und dem Internet (8 %). Zwischen Befragten mit und ohne Parteipräferenz gibt es kaum Unterschiede bei dieser Bewertung. Infratest dimap befragte vom 19.10. bis 20.10.04 insgesamt 1002 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland ab 18 Jahren.

Versündigung an künftigen Generationen

Erklärung anlässlich der Ergebnisse der Steuerschätzung und der von der Bundesregierung geplanten haushalterischen Maßnahmen:

Finanzminister Eichel treibt Deutschland weiter in die Schuldenfalle. Statt endlich die Staatsfinanzen zu konsolidieren und zu sparen, wird weitergewurstelt wie bisher. Die Ausgaben werden nicht zurückgeführt, sondern durch einmalige Privatisierungseinnahmen in 2005 gedeckt: Neben 15,5 Mrd. € aus dem Verkauf von Post- und Telekomaktien sollen zusätzliche 5,2 Mrd. € aus dem Forderungsverkauf der Pensionsverpflichtung von Post und Telekom erzielt werden. Damit werden fast 10 % der laufenden Ausgaben durch Einmaleinnahmen finanziert, die im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie die Einnahmenlücke im nächsten Jahr geschlossen werden soll, bleibt völlig offen. Dies ist keine nachhaltige, solide Haushaltspolitik, sondern der verzweifelte Versuch einer gescheiterten Bundesregierung sich über die Runden zu retten – zu Lasten zukünftiger Generationen.



Michael Meister

Auch die weiteren Sparmaßnahmen sind Kosmetik: Die Verschiebung des Tags der Deutschen Einheit auf einen Sonntag soll ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,1 % bringen, also ein um gut 2 Mrd. € höheres BIP. Bei einer Steuerquote von 20 % fließen damit rd. 400 Mio. € zusätzlich in die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen. Angesichts der Deckungslücken, die die verfehlte Wirtschaftspolitik aufreißt, ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zeigt zudem den mangelnden Respekt vor der Geschichte. In Frankreich wäre es undenkbar, den Nationalfeiertag des 14. Juli 1789 auf einen Sonntag zu verlegen.

Mit solchen Einmaleffekten lässt sich der Haushalt nicht sanieren. Erforderlich ist zunächst ein Kassensturz, bei dem Einnahmen und Ausgaben solide bewertet werden. Daran müssen sich durchgreifende Reformen der Arbeitsmarktordnung, des Steuerrechts und der Sozialsysteme anschließen. 100.000 Beschäftigte mehr würden die Haushalte des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit um knapp 2 Mrd. Euro entlasten. Mehreinnahmen in dieser Höhe können mit den unzurei-chenden Sparvorschlägen der Bundesregierung, die nur Einmaleffekte auslösen, nicht nachhaltig erzielt werden.

Michael Meister ist der finanzpolitische Fraktionssprecher.

Fußball-WM 2006: Tourismusbranche einbeziehen

Erklärung zum Kartenverkauf für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und den Perspektiven für ihre touristische Vermarktung:

Deutschlands Chancen, sich mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 den Besuchern und der ganzen Welt als attraktiven Tourismusstandort zu präsentieren, werden durch die vor kurzem bekannt gewordene restriktive Regelung zum Verkauf der Eintrittskarten leider deutlich verschlechtert. Demnach können in- und ausländische Reiseveranstalter keine Kartenkontingente er-

werben, da nur ein Verkauf an Endkunden im Internet vorgesehen ist. Die Bundesregierung ist auch nicht bereit, sich beim Organisationskomitee der FIFA für eine Änderung dieser Regelung einzusetzen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf vier in der letzten Woche gestellten schriftlichen Einzelfragen hervor.

Ohne die Möglichkeit, Reisen mit garantierten Eintrittskarten auch im Voraus buchen zu können, wird aber die deutsche Tourismuswirtschaft die erwarteten 5 Mio. zusätzlicher Übernachtungen kaum realisieren können. Besucher aus dem Ausland werden dann voraussichtlich meist nur zum jeweiligen Spiel an- und kurz danach wieder abreisen. Die ursprünglich erhoffte nachhaltige Stärkung der touristischen Wertschöpfungskette von den Verkehrsunternehmen über die Hotellerie und Gastronomie bis hin zu den Trägern der Kultur bliebe dann weitgehend aus. Dies ist auch keine kunden- und mittelstandsfreundliche Lösung für den Vertrieb der Eintrittskarten, mit der wie eigentlich geplant auch die mittelständische Hotellerie und Gastronomie sowie Ferienregionen außerhalb der WM-Städte durch entsprechende Angebote beteiligt werden können.

Klaus Brähmig

Die Entscheidung, Eintrittskarten nur an Endkunden zu vertreiben, hat im übrigen auch schon bei den Olympischen Spielen 2004 in Athen dazu beigetragen,

ANGELA MERKEL ZU BESUCH IN PRAG

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel hat in einer Grundsatzrede in Prag eine EU-weite Steuerharmonisierung abgelehnt.

Man dürfe Neu-Mitglieder der Europäischen Union nicht als "Steuerdumper" verunglimpfen, nur weil man nicht in der Lage sei, im eigenen Land ein gutes Steuersystem zu schaffen, sagte Merkel am Mittwoch bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag. Alle EU-Mitglieder müssten doch ein Interesse daran haben, dass "Tschechien oder die Slowakei schnell auf die Beine kommen" und nicht auf Transferleistungen angewiesen blieben, betonte Merkel.

Erneut warb Merkel anstelle einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU für eine Privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei Eine Vollmitgliedschaft würde die EU überfordern und die Chance einer wirklichen politischen Integration Europas verspielen. Zuvor war Merkel mit Premierminister Stanislav Gross zusammengetroffen. Auf dem Programm standen außerdem Gespräche mit Außenminister Cyril Svoboda und dem Primas der katholischen Kirche in Tschechien, Kardinal Miroslav Vlk.

Foto: dpa

Der tschechische Premierminister Stanislav Gross begrüßt die CDU-Vorsitzende Angela Merkel in Prag.

dass die erhofften wirtschaftlichen Erfolge dort nicht eingetreten sind – was die Bundesregierung in ihren Antworten noch nicht einmal kommentieren will, geschweige denn als Anlass sieht, ihrerseits auf Änderungen der Verkaufsregelung hinzuwirken. Und im Gegensatz zur Bundesregierung befürchtet sogar der Chef des Organisationskomitees Franz Beckenbauer, dass durch die geplante Regelung zum Kartenverkauf der Fußball-WM ein Schwarzmarkt nicht zu verhindern sei – nicht nur unter Fußballfans und sportlich interessierten Touristen dürfte dies ein positives Deutschlandbild nicht gerade fördern.

Klaus Brähmig ist der Vorsitzende der AG Tourismus.

Digitale Signatur muss endlich vorankommen!

Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Signaturgesetzes:

Die schnelle Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur ist unabdingbare Voraussetzung und treibende Kraft für einen Innovationsschub für e-commerce, e-health und e-government. Nur mit einfachen und klaren Regeln für die Sicherheit der Nutzer und der Anbieter wird sich die digitale Signatur durchsetzen. Für eine erhöhte Akzeptanz bei den Nutzern müssen zudem endlich die Ausgabemodalitäten vereinfacht werden. Die Signaturkarte muss einfach, rationell und kostengünstig ausgestellt werden können. Dieses Ziel verfehlt die von der Bundesregierung vorgelegte Änderung des Signaturgesetzes jedoch erneut.

Martina Krogmann

Es bleibt völlig unklar, ob Banken und Sparkassen für die Ausstellung einer qualifizierten elektronischen Signatur auf die sowieso bei der Kontoeröffnung erfolgte Identifizierung der Person zurückgreifen dürfen. Die Bundesregierung selbst ist sich in dieser Frage nicht einig und vermeidet daher eine entsprechende Klarstellung im Gesetz. Die absurde Folge ist, dass die Anbieter auch dann eine erneute Identifizierung vornehmen müssen, wenn sie für die Kontoeröffnung schon eine gemacht haben. Dies kann nicht so bleiben: Die Signaturkarten würden weiter teuer bleiben, der Aufwand für Bürger und Zertifizierungsdiensteanbieter bliebe hoch. Solche Vorschriften hemmen die schnelle Verbreitung der elektronischen Signatur auch weiterhin. Wir fordern, dass der Zertifizierungsdiensteanbieter die Möglichkeit haben muss, mit Einverständnis des Antragstellers auf bereits erfolgte Zertifizierungen zurückgreifen zu können.

Martina Krogmann ist die Internet-Beauftragte der Bundestagsfraktion.

Aktiver Sterbehilfe keine Tür öffnen

Erklärung zur Initiative des Marburger Bundes gegen aktive Sterbehilfe:

Der Marburger Bund beschäftigt sich auf seiner diesjährigen Hauptversammlung mit dem Thema „aktive Sterbehilfe". Der Bun-desverband der angestellten und beamteten Ärzte in Deutschland wendet sich ausdrücklich gegen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe.

Wir begrüßen die neue Initiative des Marburger Bun-

Thomas Rachel

des. Die Erfahrungen in den Niederlanden und Belgien haben gezeigt, dass die aktive Sterbehilfe keine akzeptable Lösung ist. Grund für die Inanspruchnahme aktiver Sterbehilfe ist regelmäßig eine unzulängliche Pflege, fehlende menschliche Betreuung, mangelnde medizinische Versorgung und sozialer Druck, der von der Gesellschaft und Angehörigen auf Kranke ausgeübt wird. Euthanasie kann daher als eine Folge der Verweigerung medizinischer und menschlicher Zuwendung gelten.

Statt der aktiven Sterbehilfe die Türen zu öffnen, fordert die Fraktion eine Stärkung der Palliativmedizin und des Hospizwesens.Auf diese Weise kann menschenwürdiges Leben bis zuletzt gewährleistet werden.

Thomas Rachel ist der Fraktionssprecher in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin".

Schily steht vor Scherbenhaufen

Erklärung zur Verständigung der EU-Innenminister auf zwei biometrische Merkmale in Reisepässen der Bürger der EU:

Nach monatelanger Debatte haben sich die EU-Innenminister darauf geeinigt, zukünftig in Pässen zwei biometrische Daten in einem Chip zu speichern. Neben dem Fingerabdruck soll auch ein digitalisiertes Foto Bestandteil der Pässe sein.

Otto Schily hat auf EU-Ebene diese Entscheidung forciert. Das ist gut so. Leider kennt der Minister offensichtlich die Genese seiner eigenen Gesetze nicht mehr: Auf Druck der Grünen hatte Schily bei den sog. Anti-Terrorpaketen im Pass- und Personalausweisgesetz eine Formulierung gewählt, die eine Kombination verschiedener biometrischer Merkmale nicht zulässt. Das passt nicht zusammen.

Bereits bei der Diskussion um die Anti-Terrorgesetze hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesinnenminister aufgefordert, den Weg für eine Lösung im europäischen Sinne frei zu machen: Die Einführung von biometrischen Merkmalen in Pässen ist nur dann sinnvoll und erhöht die Sicherheit, wenn mindestens zwei biometrische Merkmale kombiniert werden. Die Fälschung des Fingerabdrucks ist möglich, die parallele Fälschung auch des Gesichtsfeldes ist nahezu ausgeschlossen.

Jetzt rächt sich die Verweigerung der Grünen. Schily steht vor einem Scherbenhaufen. Wenn der Innenminister die von ihm favorisierte europäische Lösung mit zwei biometrischen Merkmalen in Deutschland umsetzen will, wird er wieder auf den uneinsichtigen und ideologisch motivierten Widerstand der Grünen treffen.

Völlig unbeantwortet bleibt bei Schily zudem die Frage, inwieweit die Biometrie auch als Mittel zur Fahndung eingesetzt werden soll.

Ein Millionenaufwand für die Einführung lediglich eines biometrischen Merk-

Hartmut Koschyk

Clemens Binninger

mals ohne Berücksichtigung biometrischer Fahndungsmöglichkeiten ist Verschwendung von Steuergeldern ohne Sinn und Verstand. Sicherheit macht man entweder ganz oder gar nicht! Die Grünen haben sich für gar nicht entschieden und Schilys Vorhaben wird daran scheitern.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Clemens Binninger** ist der zuständige Berichterstatter.

Standortkommunen nicht im Regen stehen lassen

Erklärung zu den von Verteidigungsminister Struck geplanten Standortschließungen und der anhaltenden Finanzkrise der Kommunen:

Die von der Union abgelehnte Schließung von über 100 Bundeswehrstandorten stellt die betroffenen Kommunen vor enorme Aufgaben und Ausgaben. Angesichts der kommunalen Finanzkrise können die Folgen der rot-grünen Abzugspläne ohne ein Soforthilfeprogramm vor Ort nicht geleistet werden.

Die Standortkommunen haben ihre Infrastruktur – vom Straßenbau bis zur Wasserversorgung – auf die Bedürfnisse der anwesenden Truppe ausgerichtet. Der Bund darf sich deshalb seiner strukturpolitischen Verantwortung nicht entziehen.

Peter Götz

Außerdem wurden die Kommunen in den vergangenen 6 Jahren von der Regierung Schröder so geschröpft, dass die kommunalen Investitionen völlig eingebrochen und die Defizite in den Kommunalhaushalten auf ein Rekordniveau angestiegen sind.

Wie stark die Kommunen inzwischen gezwungen sind, sogar laufende Ausgaben dauerhaft mit Kassenkrediten zu finanzieren, belegen die Daten der Kommunalfinanzstatistik. Allein im Jahr 2003 sind diese um über 5 Mrd. Euro auf 16,25 Mrd. Euro angestiegen und auch im ersten Quartal 2004 weiter auf 17,7 Mrd. Euro angewachsen. Der Bund steht deshalb auch finanzpolitisch in einer Bringschuld und darf die Standortkommunen auf keinen Fall allein im Regen stehen lassen!

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktionssprecher.

BUCHTIPP

Markus Karp, Udo Zolleis: Politisches Marketing; Münster: Lit-Verlag; 280 S., 19,90 EUR.

Abnehmende ideologische Gegensätze, eine zunehmende Anzahl von Wechselwählern und die steigende Bedeutung von Massenmedien zwingen die politischen Akteure, neue Wege des Dialogs mit der Wählerschaft zu gehen. Das Politische Marketing will dafür ein besseres Marktverständnis entwickeln, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger genauer erfassen und diesen besser entsprechen zu können. In diesem Sammelband geben die jeweiligen Beiträge aus der Politikberatung, Wissenschaft und Praxis eine Einführung in die unterschiedlichen Aspekte des Politischen Marketings aus dem Bereich der Wahlkampfführung, der Politischen Kommunikation und der Politischen Planung. Empfehlung: Anregende Analysen und Denkanstöße.

Aktionstipp ...für die kalte Jahreszeit!

Setzen Sie für vorweihnachtliche Aktionen unseren beliebten Porzellanbecher ein. Ob CDU-Veranstaltungen oder Straßencanvassing, er ist ideal für die kalte Jahreszeit. Laden Sie mit Kaffe oder Glühwein Bürger zum Verweilen und Gesprächen an Ihren CDU Stand ein. Verteilen Sie mit einem weihnachtlichen Gruß z.B. unsere Kerzenstumpen.

Sonderpreis

Tasse „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt"

Bestell-Nummer: **9514**
Preis je **6 Stück: 5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €

„Gute Fahrt und eine schöne Weihnachtszeit" – unter diesem Motto lassen sich der Straßenatlas und der neue Eiskratzer bei Aktionen gleich mitverteilen.

Sonderpreis

Straßenatlas Deutschland
Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je **10 Stück: 5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €

Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**
Preis je **70 Stück: 45,00 €**
inkl. MwSt.: 48,15

Alle weihnachtlichen Artikel finden Sie auf den nächsten Seiten!

Sonderpreis

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**
Preis je **Stück: 2,00 €**
inkl. MwSt.: 2,32 €

Sonderpreis

Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**
Preis je **25 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt.: 9,28 €

Sonderpreis

Kerzenstumpen

Bestell-Nummer: **9700**
Preis je **24 Stück: 14,00 €**
inkl. MwSt.: 16,24 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Siegelmarke „CDU"
ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**
Preis je **Rolle: 3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €

Sonderpreis

CDU-Geschenkband
10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**
Preis je **Rolle: 4,00 €**
inkl. MwSt.: 4,64 €

Sonderpreis

CDU-Geschenkpapierrolle
75 cm x 10 m

blau: Bestell-Nummer: **0302**
rot: Bestell-Nummer: **0303**
Preis je **Rolle: 4,00 €**
inkl. MwSt.: 4,64 €

Sonderpreis

Sektflaschentasche

blau: Bestell-Nummer: **0304**
rot: Bestell-Nummer: **0305**
Preis je **25 Stück: 9,00 €**
inkl. MwSt.: 10,44 €

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.